Netzausbau

Bündnis fordert Freileitungsvorrang

[17.06.2026] Ein Bündnis aus Netzbetreibern, Verbänden und Wirtschaftsorganisationen fordert einen konsequenten Freileitungsvorrang beim Ausbau neuer Gleichstromtrassen. Die Akteure warnen, dass Ausnahmen im Bundesbedarfsplangesetz den Netzausbau verteuern und verzögern könnten.

Ein breites Bündnis aus Energiewirtschaft und Industrie verlangt Nachbesserungen am Entwurf zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes. Wie der Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW berichtet, haben mehrere Organisationen in einem Offenen Brief an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke eine konsequente Umsetzung des vorgesehenen Freileitungsvorrangs für neue Gleichstromverbindungen gefordert.

Die Forderung bezieht sich insbesondere auf die Vorhaben DC42 und DC42plus (SuedWestLink), nicht jedoch auf bereits planfestgestellte oder im Bau befindliche Projekte. Die Unterzeichner begrüßen die politische Grundentscheidung zugunsten von Freileitungen, sehen die vorgesehenen Ausnahmeregelungen jedoch kritisch. Sie befürchten, dass diese den angestrebten Beschleunigungseffekt beim Netzausbau abschwächen.

Entwurf schafft Unsicherheiten

„Die nun im Gesetzentwurf enthaltenen Einschränkungen des Freileitungsvorrangs schaffen Unsicherheiten und würden die Projektumsetzung erschweren. Eine Kombination von Freileitung und Erdverkabelung bei einem Vorhaben ist nicht sinnvoll – weder bei Planung und Genehmigung noch bei Bau und Betrieb der Stromleitung“, erklärt Werner Götz, Vorsitzender der Geschäftsführung von TransnetBW.

Neben TransnetBW haben die Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz und TenneT Germany sowie der Bundesverband Neue Energiewirtschaft, Die Familienunternehmer, der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK), die Wirtschaftsvereinigung Stahl und die Wirtschaftsvereinigung der Grünen den Offenen Brief unterzeichnet.

Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, den Ausbau des Stromnetzes schneller und kostengünstiger voranzubringen. Neue Gleichstromtrassen sollen künftig bevorzugt als Freileitungen entstehen. Das soll die Planung vereinfachen, die Bauzeiten verkürzen und die Investitionskosten senken.

Nach Ansicht der Unterzeichner würden die vorgesehenen Ausnahmen dieses Ziel gefährden. Vor allem hybride Lösungen, bei denen innerhalb eines Projekts zwischen Erdverkabelung und Freileitung gewechselt wird, führten zu zusätzlichem Planungsaufwand. Sie könnten langwierige Diskussionen mit betroffenen Regionen auslösen und Genehmigungsverfahren verlängern. Eine eindeutige Technologiefestlegung sei deshalb Voraussetzung für einen beschleunigten und wirtschaftlichen Netzausbau.

Vorteile von Freileitungen

Die Unterstützer des Freileitungsvorrangs verweisen zudem auf technische und wirtschaftliche Vorteile. Freileitungen gelten als bewährte Technologie im Höchstspannungsnetz und werden in Deutschland seit Jahrzehnten eingesetzt. Ihre Investitionskosten liegen nach Angaben der Unterzeichner mindestens 50 Prozent unter denen von Erdkabeln. Zudem lassen sie sich schneller errichten, was langfristig die Kosten für das Netzengpassmanagement reduzieren könnte.

Auch im Betrieb sehen die Organisationen Vorteile. Zwar sind Erdkabel weniger äußeren Einflüssen ausgesetzt, Störungen an Freileitungen lassen sich jedoch meist schneller lokalisieren und beheben. Das erhöht die Verfügbarkeit des Systems. Hinzu kommt die längere Lebensdauer: Freileitungen werden üblicherweise für rund 80 Jahre ausgelegt, während Erdkabel nach etwa 40 Jahren ersetzt werden müssen.

Das Bundesbedarfsplangesetz legt fest, welche Netzausbauvorhaben in Deutschland energiewirtschaftlich notwendig sind und mit welcher Technologie sie umgesetzt werden sollen.

(th)

Stichwörter: Politik, TransnetBW, Netzausbau